

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Samstagsheft Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstagsheft Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Nikolausblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kausalen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen erhalten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Ausgabe.

Nr. 245

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Montag, 24. Oktober 1921 (Ewigstisus)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Neuestes in Kürze.

Koblenz, 23. Okt. Vom 2. bis 8. November finden in Berlin über die Ostkasseneinrichtung der Rheinprovinz besondere Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Reichsgutachterausschuß statt, um möglichst vor der Beratung im 23. Ausschuss des Reichstages eine Einigung zwischen Beamtenschaft und Regierung herbeizuführen.

Rücktrittsgesuch Dr. Wirths.

Berlin, 22. Okt. Nach der AM hat das Kabinett in seiner heutigen Nachmittagsitzung über die Lage beraten und als Ergebnis dieser Beratung dem Reichspräsidenten seine Demission eingereicht.

Damit ist ein Schritt getan, der unmittelbar nach der Bekanntgabe des Ententewillens am 1. Oktober in der Öffentlichkeit kommen mußte. Vielleicht wäre es politisch geschickter gewesen, die aus der Ostkasseneinrichtung sich ergebenden Schwierigkeiten von vornherein festzulegen. Dann wäre die Kabinettsverhandlungen der letzten Tage sehr wahrscheinlich überflüssig gewesen und der einzige gegebene Schritt des Rücktritts nicht gänzlich ohne Vorbereitung durch die Presse geblieben. So mögen im feindlichen Ausland Eindrücke entstehen, die ungewissheit nicht vorhanden sind. Diplomatisch ausgedrückt ist die Situation der letzten Tage vor der Entscheidung des Reichstages überhaupt nicht, was entweder einem verhängnisvollen Optimismus oder nicht minder verderblicheren Pessimismus zu verdanken ist.

Das Ministerium Wirth ist das Kabinett der Erfüllung. Die Grundlage seiner Politik ist die Wahrung der Wahrheit, daß wir nur mit den obersteilsten Kassen und Metallen bezahlen können. Wenn Jemand der obersteilsten Kassen findet, aus dem die ganze Zinsproduktion soll in polnische Wirtschaft übergehen. Nur um die 20 Prozent Kupfer und Erz sind uns verbleiben. Damit ist die Verursachungsgrundlage für die deutsche Politik der Erfüllung zertrümmert. Man kann nicht mehr geben, wo nichts ist.

Deutschland steht wieder in einer schweren Krise. In der Politik bedeutet der Abgang Wirths ohne Frage Erschöpfung der Situation. Außenpolitisch ist es einer deutschen Regierung wieder ein weiteres Stück schwerer gemacht, überhaupt nach einem Programm zu arbeiten. Die Kabinettskrise steht im Zeichen der Hoffnungslosigkeit. Auch keine Möglichkeit ist zu sehen, nach welcher nunmehr in Deutschland zu regieren wäre. Will die Entente biegen oder brechen? Erinnern wir uns, daß 1870 der französische Staatsmann Thiers, als eine ähnliche Situation Frankreich drohte, zu Bismarck sagte: Dann übernehmen Sie selbst die Regierung unseres Landes!

Der Wortlaut des Rücktrittsgesuchs.

Berlin, 22. Okt. Das Rücktrittsgesuch des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut: „In schwerer Stunde habe ich das gegenwärtige Kabinett erschaffen, die Verantwortung für die Durchführung des Ententewillens zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln, und durch den ersten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten, aber schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Vorkriegsbeitrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen.“

Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Ententewillens, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es dürfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein erhaltendes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befreiung der Ruhr, die sich als Aufgabe und hinsichtlich der obersteilsten Kassen eine Lösung gefunden wurde, welche dem Reichsentscheidungs des deutschen Volkes und der Obersteilsten sowie der künftigen friedlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten, statt dessen ist ein europäischer Erfolg, durch welches nicht nur weite Flächen des obersteilsten Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitest überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungsfähigkeit der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem freien Ergebnis der Abstammung unter Fremdherrschaft fallen.

Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust ertragen. Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrechte Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schließliche Bistat sich erheblich verringert haben und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Würdigung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben. In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichstagsler: Dr. Wirth.

Beisprechungen.

Berlin, 23. Okt. Der Reichspräsident empfing im Laufe des heutigen Tages zu Beisprechungen über die politische Lage den Reichspräsidenten Voegelé, vom Zentrum die Abg. Dr. Spahn und Dr. Marx, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Müller und Weiss, von der Deutschen Volkspartei die Abg. Dr. Stresemann und Kempkes, von den Demokraten die Abgeordneten Dr. Petersen und Koch und von den Unabhängigen die Abg. Dr. Breitscheid und Cripfen. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Oberschlesien und Washington.

Alle bisherigen Gewaltentscheidungen der Entente stellt die Lösung der obersteilsten Frage in den Schatten. Deutschlands letzter Zahlungswert, die Kohle, hat eine Verminderung erfahren, die von den verhängnisvollsten Folgen für die deutsche Wirtschaftskraft begleitet sein wird. Es ist nicht abzusehen, wie sich die Dinge für Deutschland gestalten werden. Polen erhält die wertvollsten, in vorbildlicher deutscher Kulturarbeit ausgebauten Wirtschaftsteile unseres Vaterlandes. Die Menschen, durch deren Tätigkeit das Land groß geworden, sollen durch die Wirtschaftskommission der polnischen Unabhängigkeit überantwortet werden. Ein trauriges Bild moderner Wirtschaftsverfälschung entrollt sich den Augen der Geschichte. Deutschland kann ohne schärfsten Nachdruck seine Zustimmung nicht geben. Die Verantwortlichen mögen gezwungen werden, alle Einzelheiten ihres ungeheuerlichen Schrittes zu vertreten und durchzuführen.

Die Art der Entscheidung ist ohne Kenntnis der politischen Situation schwer zu verstehen. Das deutsche Volk stellt wieder einmal fest, daß England nach anfänglichem Sträuben der französischen Rücksichtslosigkeit nachgegeben hat. Woher immer wieder dieses zur Frage gewordene Spiel? Wir wissen aus mehr als einem Zeichen, daß die durch Versailles in die Neutralität Europas gebrachte Rinde neben der Zerstückelung Deutschlands die zweite große Aufgabe hat, Gelegenheit zum politischen Kuhhandel erster Sorte zwischen den Machtsphären zu sein. Das englische Nachgeben ist in jedem Einzelfalle nichts anderes als das Ergebnis großer weltpolitischer Machtkombinationen.

So ist auch Oberschlesien ohne die „hohe“ Politik nicht verständlich. Gegenwärtig spielt die Frage der Abrüstung die erste Rolle. Amerika empfindet, daß es zwischen dem japanischen und englischen Klop sich. Harding drängt in klarer Erkenntnis der Situation vor allem auf Abrüstung zur See. Japan will bei jeder Gelegenheit die Frage Ostasiens gelöst wissen. Frankreich kann an sich mit der Beendigung des Weltkriegs zur See nur einverstanden sein. England aber sieht mit der Vorrückung zur See die Grundlage und das Gefüge seiner Weltgeltung schwinden. Wie immer mit kontinentalen Zugeständnissen an Frankreich England das Gleichgewicht seiner Weltpolitik erhält, so wird diesmal das alte deutsche Kulturland Oberschlesien gut genug gewesen sein, den Engländern den Weg nach Washington zu sichern. Das Ergebnis der Abrüstungskonferenz wird lehren, wie wohlüberlegt die flammende Empörung des deutschen Volkes über den schmachvollen Handel mit deutschem Land ist. Das Urteil der Geschichte über die Versaillesche Geheimdiplomatie und alles das, was man uns in ihrem Gefolge als in christlichem Willen geschehen darzustellen beliebt, wird noch gesprochen werden.

Die Bürger von Königschütt.

Königschütt, 21. Okt. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königschütt veröffentlichen in einem Telegramm, daß die Bürger der von alten Vaterland losgerissenen Stadt Königschütt auch unter der Fremdherrschaft ihr Deutschtum wahren werden. Gleichzeitig erlassen sie folgenden Aufruf:

Deutsche Bürger von Königschütt! Das bisher Unglaubliche ist eingetreten. Unsere Stadt, die zu 75 v. H. deutsch ist, wird gegen unseren Willen und gegen unser klares Recht einem fremden Staate zugewiesen. Unsere Zukunft müssen wir neu schaffen. Ertragt die schweren Tage der Übergabe mit Ruhe! Bewahrt eure Würde und ver-

geht nicht, daß ihr Deutsche seid! Schließt euch enger als je zusammen!

Die Gerechtigkeit.

Berlin, 23. Okt. Im Vorwärts errechnet ein bergmännischer Sachverständiger unter Zugrundelegung der Kohlenförderung im Jahre 1913 in Oberschlesien, daß nach der jetzigen Pariser Entscheidung Polen viermal so viel Kohlen bekommt, als Deutschland verbleiben. Im April 1921 wurden in Oberschlesien 2.922.539 Tonnen Kohlen gefördert. Von dieser Förderung fallen künftighin 2.197.884 Tonnen an Polen, während 653.200 Tonnen der Deutschland verbleiben und der Verbleib von 75.495 Tonnen noch unentschieden ist.

Ein nettes Gehändnis.

Gelaufte Stimmen, importierte Aufständische! Das ukrainische sozialdemokratische Tagblatt „Wpered“ in Lemberg berichtet in der Nummer 185 vom 14. Oktober 1921 folgendes sehr interessante: Der gewesene polnische Ministerpräsident Witos hat in einer öffentlichen Versammlung in Warschau (Weska) seine Politik in Bezug auf Oberschlesien folgendermaßen verteidigt: Mein Kabinett war außerstande, mehr zu leisten, als es geleistet hat. Wenn ihr glaubt, und darauf rechnet, daß die Polen in Oberschlesien so national bewusst und patriotisch gesinnt wie auch herkömmlich sind, wie es unsere Presse darstellt, so befindet ihr euch im großen Irrtum. Unsere Regierung mußte in dieser Hinsicht unglaubliche Schwierigkeiten bekämpfen. Es ist sogar so weit gekommen, daß wir beim Plebiszit beinahe jede Stimme für Polen erlangen mußten. Zu mir kamen die Delegierten aus Oberschlesien und erklärten mir offen, daß ihre Wähler nur dann für Polen stimmen werden, wenn sie dafür gut bezahlt werden. Zu diesem Zwecke sind alle im Staate gesammelten wie auch von der Regierung assignierten Gelder verwendet worden. Nebenbei war es auch mit dem Aufstande, zu welchem die Aufständischen von außerhalb der Grenzen Oberschlesiens importiert worden mußten, was mit außerordentlichen Schwierigkeiten und Kosten verbunden war. Aus diesem und anderen mehreren Gründen ist der Aufstand mißlungen.

Bei Deutschland in seinen Darstellungen der Aufstände und der Zustimmung also nicht Recht gehabt? Derselbe Herr, der damals, weil polnischer Ministerpräsident, alles leugnete, redet, nun nicht mehr im Amt, die Wahrheit. Es sei freilich dem Welterbumsdat zum Nachdenken über seine unmögliche Entscheidung bringen wird!

Der türkisch-griechische Krieg.

Konstantinopel, 21. Okt. Nach dem Besagten Nachrichten aus Konstantinopel, die Griechen hätten mit der Räumung von Eskişehir und Karaman Karahissar begonnen.

Karlstenputsch in Ungarn.

Karl der Treuloze in Ungarn.

(Siehe auch Seite 2.)

Wien, 23. Okt. Gegenüber den Ereignissen in Odenburg herrscht unter sämtlichen Parteien der österreichischen Nationalversammlung volle Einigkeit. Die Regierung traf alle Maßnahmen, die ein Uebergreifen der Bewegung auf Österreich ausgeschlossen lassen.

Mit zwei Kompagnien.

Budapest, 23. Okt. König Karl traf gestern vormittag mit Gefolge aus Odenburg in Raab ein. Nachmittags legte er seine Reise nach Komorn fort. In Begleitung des Königs befinden sich Major Ostenburg, ferner zwei österreichische Kompagnien. Zwischen Raab und Komorn wurde der Zug angehalten.

Vorfälle in Ungarn.

Budapest, 23. Okt. Amtlich wird gemeldet, daß General Hag zum bevollmächtigten Militärkommandanten ernannt und beauftragt ist, der ungarischen Regierung mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen.

Mitglieder der ungarischen Regierung erklärten zu dem Eintreffen Königs Karls, sein unbedachtamer Schritt verheße das Land in eine schwere Lage. Die ungarische Regierung habe jetzt zum erstenmal konkrete außenpolitische Erfolge aufzuweisen gehabt. Auch in innerpolitischer Beziehung habe sich das Land konsolidiert.

Budapest, 23. Okt. Der Ministerrat beschloß, den Minister Hag zum König Karl zu senden, um ihm die außenpolitische Lage auseinander zu legen und ihn zum Verlassen des Landes zu bewegen.

Die Tschechen.

Prag, 23. Okt. Ein außerordentlicher Ministerrat beriet heute über die durch den wiederholten Umsturzversuch Karls von Habsburg in Ungarn hervorgerufenen Ereignisse. Es wurde beschlossen, daß alles Mögliche zur Verteidigung der Interessen der Republik unverzüglich durchgeführt wird. Nach den diplomatischen Schritten der kleinen Entente am Samstag werden weitere, insbesondere militärische Maßnahmen

Irland.

London, 21. Okt. Die irische Konferenz, die heute nachmittag um 4 1/2 Uhr in der Downingstreet zusammengetreten war, hat sich auf Montag nachmittag 5 Uhr vertagt.

Die deutschen Ärzte.

Der Superrevisor des städtischen Sanitätsdepartements von New York, Mr. Col. Edward C. Gibbs hat jetzt öffentlich über seine Europareise berichtet, die er zum Studium des deutschen Sanitätswesens unternommen hat. Er äußert sich folgendermaßen: Die deutschen Ärzte sind die Güter Europas. Sie waren nicht nur den ausgezeichneten sanitären Zustand ihres eigenen Landes, sondern sorgten auch dafür, daß aus anderen Ländern keine Seuchen über Deutschland nach den Vereinigten Staaten eingeschleppt werden könnten. Die staatlichen und städtischen Sanitätsbeamten bewahren den sanitären Auf Deutschlands in glänzender Weise. Sie sorgen dafür, daß das deutsche Volk reines Wasser zu trinken bekommt, und alle sanitären Vorkehrungen sind so vollkommen, wie sie Menschenhände nur schaffen können.

Die Parteien.

Berlin, 22. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern gemeinsam mit dem Parteiausschuß verhandelt, die Stellungnahme der Fraktion zur Frage der Regierungsbildung, die das Recht, über Verbleiben oder Gehen des Kabinetts Wirth zu entscheiden, allein dem Reichstag zuerkennt, fand laut Vorwärts auch in dieser gemeinsamen Sitzung einstimmige Zustimmung.

Die Reichstagsfraktion der U. S. D. nahm gestern zu der durch die Entscheidung über Oberschlesien geschaffenen Lage Stellung. Die Fraktion beklagt aufs lebhafteste die Teilung Oberschlesiens, die eine große Anzahl Deutscher oder überwiegend deutscher Gemeinden den Polen zuweist und ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zerstört. Dem Kabinett Wirth könne nach Ansicht der Fraktion die Schuld an der für Deutschland ungünstigen Lösung über das obersteilste Problem nicht zugeschoben werden. Ein Wechsel in der auswärtigen Politik würde die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen. Die Fraktion protestiert aufs schärfste gegen den Versuch, unter Ausschaltung des Reichstages einen Kabinetts- oder Personenwechsel herbeizuführen.

Wie die Deutsche Zeitung wissen will, sollen sich das Zentrum und die Deutsche demokratische Fraktion gegen das Kabinett Wirth entschieden haben.

men getroffen werden. Es sei alles zu tun, daß das Habsburger Problem endgültig erledigt wird.

Paris, 23. Okt. Die Tribuna meldet, daß hier bereits an eine Mobilisation der Truppen gedacht wurde, daß aber schließlich die Entscheidung hierüber davon abhängig gemacht wurde, ob auch die anderen Staaten der kleinen Entente mobilisieren würden. Es sei die Stellung der offiziellen Politik Ungarns gegenüber den Durchführungen Karls von Habsburg abzuwarten.

Was tut die Entente?

Paris, 23. Okt. Wie die Abendblätter melden, wird die Vorkämpferkonferenz zusammengetreten, um über die neue Lage in Ungarn zu beraten.

Italiens Haltung.

Belgrad, 23. Okt. Die italienische Regierung hat die Regierung benachrichtigt, daß sie die Schritte der jugoslawischen Regierung gegen das Unternehmen des Kaisers Karl unterstützen wird.

Angriffe?

Budapest, 23. Okt. Wie verlautet, rücken bei Raab Truppen in unbekannter Stärke unter der Leitung des Oberkommandanten Geras vor und greifen die Odenburger Truppen im Rücken an.

Preßburg, 23. Okt. Meldung des tschechoslowakischen Pressbüros. Um 3 Uhr nachmittags wird aus Budapest gemeldet: Die Scharmatel bei Budapest zwischen den beiden Parteien dauerten bis 11 Uhr vormittags, worauf Waffenstillstand eintrat. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Im Verlauf der Verhandlungen über den Waffenstillstand haben sich die Odenburger um etwa 10 Kilometer zurückgezogen. In dessen habe sich über die Lage der Regierungstruppen verhandelt. Die Ankunft Karls wird jeden Augenblick erwartet. Es ist das Gerücht verbreitet, die tschechoslowakische Regierung befände sich im Kriegszustand mit Ungarn. Auf der Donau verkehren französische Monitore. Die Stadt hat sonst ein ruhiges Aussehen. In der Öffentlichkeit herrscht völlige Ungeordnetheit.

Zur Erfassung der Goldwerte.

Die Korrespondenz des Rheinischen Bauernvereins schreibt:

Bei der Beratung über die Beschaffung der Mittel zur Deckung des gewaltigen Finanzbedarfes des Reiches ist in letzter Zeit viel die Rede gewesen von der Erfassung der sog. „Goldwerte“. Man dachte hierbei in erster Linie an die Produktionsmittel, an die im ländlichen und städtischen Grundbesitz sowie in den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen angelegten Kapitalien. Man behauptet von diesem Realbesitz, daß er die Geldentwertung nicht mitgemacht habe, sondern den alten Vorkriegswert, also den Goldwert darstelle. Da liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit ganz anders. Zugewogen ist, daß der Wert des Realbesitzes in einem anderen und zwar günstigeren Verhältnis zum Goldwert steht wie beispielsweise die Zinsen- und Rentenwerte aus Geldkapitalbesitz. Als Bewertunggrundlage kann aber beim Realbesitz nur der Sachwert herangezogen werden, und dieser steigt und fällt mit dem Ertrage. Wie aber steht es mit diesem Ertrage? In der Landwirtschaft z. B. ist nachgewiesen, daß der Ertragswert gegenüber der Vorkriegszeit erheblich zurückgegangen. Der Wert des Grund und Bodens ist durchschnittlich nur um das 4-5fache gestiegen, die Pachtpreise sind um das 4-5fache erhöht. Hinzu kommt die gewaltige Steigerung der Produktionskosten, so daß die Spanne zwischen dem tatsächlichen Aufwand und dem Rohertrag, also die Rentabilität, wesentlich geringer geworden ist. Der städtische Grundbesitz ist durch die künstliche Bindung infolge der Höchstmietengesetze in seinem Ertrage weit hinter der Geldentwertung zurückgeblieben. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Kosten für Unterhaltung und Ausbesserung bedeutend gewachsen sind. In Gewerbe und Industrie, wo die Wirtschaftsentwicklung eine vollständig schwankende Grundlage geschaffen hat, sind die Verhältnisse ebenfalls sehr ungleich und unsicher geworden.

Angesichts solcher Tatsachen trifft der Ausdruck „Goldwert“ nicht mehr zu. Bei der ganzen Frage handelt es sich vielmehr um „Sachwerte“ oder, wie man neuerdings sagt, um „Vollwerte“. Alle Sach- bzw. Vollwerte sind aber bereits mit in den Strudel der Papierwährung hineingezogen und stellen, wie im Reichswirtschaftsrat nachgewiesen wurde, im Durchschnitt etwa nur den 5-6fachen Teil des früheren Goldwertes dar. Leider ist in letzter Zeit der Ausdruck „Goldwert“ immer mehr zu einem Schlagwort geworden und als solcher wie alle Schlagwörter geeignet, viel Verwirrung und Unklarheit anzurichten. Mit Recht schreibt daher die „Sozialistische Agrarkorrespondenz“ (Nr. 38): „Es ist nötig, mit aller Aufrichtigkeit und Deutlichkeit zu sagen, daß dieses Schlagwort (von den Goldwerten) falsch ist; denn es gibt in Deutschland, abgesehen von Zinsen, noch vorhandenen wirklichen Gold und ähnlichen Dingen, keine Goldwerte mehr. Alle die Sachwerte, die man heranziehen will, haben schon längst den Marsch in die Papierwährung angetreten.“

Wollte man annehmen, daß der Realbesitz von der Geldentwertung verschont geblieben und dessen Wert um ebenso viel gestiegen wie die Mark gegenüber dem Friedensstande zurückgegangen sei, dann würde das eine sehr falsche Voraussetzung für unsere Arbeiterkraft, was die erwähnte Sozialistische Agrarkorrespondenz in demselben Zusammenhang weiter schreibt: „Zweifelslos birgt die Abtreibung größerer Substanteile der deutschen Wirtschaft auch für die Arbeiterkraft große Gefahren in sich, weil unter Umständen die Verfügung über die deutsche Wirtschaft an Persönlichkeiten übergeht, auf die die deutschen Arbeiter keinerlei Einfluß haben, da sie außer Landes wohnen.“

Die Religion in Sowjetrußland.

Von besonderer Seite wird der katholischen Korrespondenz geschrieben: Das unerhörte Schauspiel der bolschewistischen Unterwerfung hat den Blick weiter Kreise von Völkern abgelenkt, die für die Entwicklung des russischen Volkes von der größten Bedeutung sein werden. Neben dem Blutgerüst auf dem Marktplatz des öffentlichen Lebens sind in der Stille der Kirchenhallen folgenschwere Entscheidungen getroffen worden. Wegen der Spärlichkeit der Nachrichten läßt sich erst heute ein annäherndes Bild der kirchlichen Entwicklung seit dem Staatsstreich von 1917 entwerfen.

Gleich nach dem Sturz der Zarenherrschaft war ein neuer Synod gebildet worden mit dem demokratischen Fürsten Woskossyl als „Oberprokurator“ an der Spitze. Die erste Tat des neuen Synods war die Einberufung eines panrussischen Konzils, das nach der Ansicht dieser Kreise die Demokratisierung der Kirche durchzuführen sollte. Zu diesem Zweck war das Laienkollegium unter den Mitgliedern in ungewöhnlicher Zahl vertreten. Entgegen den Berechnungen der Einberufung des Konzils gerieten aber die Laien — vielfach ganz ungebildet, des Lesens und Schreibens unfähige Bauern — im Verlauf der Verhandlungen bald vollständig unter den Einfluß der anwesenden Bischöfe. Nur mit Mühe gingen die Verhandlungen in den mehr als zwanzig Einzelsitzungen voran, da die Mitglieder erst vielfach über den Sinn der Fragen unterrichtet werden mußten. Zur Wahrung ganz grundlegender kirchlicher Interessen mußten die Bischöfe öfter von ihrem Vetorecht Gebrauch machen.

Das anfängliche Übergewicht der liberalen Linkspartei verschob sich immer mehr zu Gunsten der konservativen, von den Bischöfen vertretenen Rechten. Nicht zum geringsten unter dem Einfluß der erschrecklichen Wendung der innerpolitischen Lage, die manchen die Augen öffnete. Im April 1918 mußte das Konzil wegen der allgemeinen Unsicherheit zunächst bis August und dann auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

Die Versammlung hat manche bedeutungsvollen Beschlüsse gefaßt: Der Zölibat des Klerus wurde verworfen, dagegen sollen die Priesterkandidaten nicht mehr zu vorausgehender Verehelichung angehalten werden, sobald sie dreißig Jahre alt sind. Man war sich darüber einig, daß die bisherigen Erzzeugungsanklagen für Heranbildung eines guten Klerus völlig ungenügend seien.

Die Haltung der Beamten im besetzten Gebiet.

Aus rheinischen Beamtenkreisen wird geschrieben: Die Haltung der Beamten ist nicht mehr tragbar! Das ist eine Unwahrheit für jeden, der im Leben mit offenen Augen die Verhältnisse objektiv zu betrachten gewohnt ist. Ist die Haltung der Beamten allgemein eine beklagenswerte, so gilt das ganz besonders von der Beamtenenschaft im besetzten Gebiet. Wir lesen fast alle paar Wochen, daß ein Minister oder ein Regierungsbeauftragter die besetzten Gebiete besucht und an den maßgebenden Stellen erklärt: Ja, ihr lieben Leute, wir haben uns von den schwierigen Verhältnissen, mit denen ihr zu kämpfen habt, überzeugt, und ihr dürft auch versichert haben, daß die Regierung diesen Schwierigkeiten Rechnung trägt und alles tun wird, um die euer täglich zu machen! Wir glauben an den guten Willen, aber — die Beamten haben bis heute von einer bescheidenen Tat noch nichts gespürt, und wir Beamte im besetzten Gebiet hätten doch alle Ursache, die endliche Erfüllung der Versprechen zu erwarten. Galt sei Tausend, die Beamtenenschaft im besetzten Gebiet mit ganz geringen Ausnahmen — wo sind diese Ausnahmen? — ist für die Pflicht dem Vaterlande gegenüber wohl bewußt und steht treu und fest zum gemeinen Deutschland. Diese Feststellung machen wir können, ist für uns Beamte eine große Freude. Aber, was folgt daraus? Die heilige Pflicht der Regierung und der Beamten, gerade in diesen Tagen bitterer wirtschaftlicher Not sich dieser treuen Fronte zu erinnern. Treue im Ehren! Die vorläufige Notlage kann nicht als ausreichend betrachtet werden und es ist beklagenswert, daß die Beamtenenschaft immer wieder — hier sei mal das Kind beim richtigen Namen genannt — geteilt muß um Zugeständnisse, die eine fürsorgliche Regierung von selbst geben müßte. Vor Monaten konnte von einer betrieblichen drückenden Notlage in der Beamtenenschaft gesprochen werden, aber heute muß von einer verzweifeltsten Lage geredet werden. Ja, wenn

reicht sein. Sie würden nur von Priesterförmigen besucht, und die meisten Jünglinge träten nicht aus Beruf in diese Schulen ein, sondern einzig, weil der Unterricht dort unentgeltlich sei. Um diesen Mangel zu beseitigen, beschloß man die Bildung höherer Schulen, die ausschließlich für künftige Priester bestimmt sind „Pastoralschulen.“ Auch Fragen des Gottesdienstes wurden hier geregelt. Drei Arten von Gottesdienst wurden unterschieden: der längere für Kleriker, von mittlerer Dauer für den Pfarrgottesdienst, und endlich ein kurzer für die gewöhnlichen Wochentage. Zweifelslos die allerwichtigste Entscheidung, die auf der Versammlung getroffen wurde, ist die Wiedereinführung des Patriarchates. Auf die Geschichte und Bedeutung dieser Einrichtung für die russische Kirche näher einzugehen, würde zu weit führen. Die Versammlung war anfangs in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen die Wiedereinführung des Patriarchates. Die Regierung setzte aus begreiflichen Gründen alles daran, sie zu hinterreiben. Es gelang aber dem Vorkämpfer des Patriarchates, Bischof N. N. von Karlof, durch aufklärende Vorträge über die geschichtliche und kanonische Bedeutung der Einrichtung, die Mehrheit für seinen Gedanken zu gewinnen.

Aus einer anspannenden Einzelheiten reichen Wahl ging der Metropolit von Moskau, Tikhon, eine sehr sympathische Gestalt hervor. Der neue Patriarch hat mit wahrem Bekenntnis sein Amt in diesen schweren Jahren geführt, das würde allein schon der Hirtenehre bezeugen, in dem er mit wahrhaft apostolischem Freimut die Gottesebenbürtigkeit der bolschewistischen Schreckensherrschaft aufdeckt.

Diese Ereignisse sind ungewöhnliche Zeichen eines religiösen Erwachens in russischen Kirchenkreisen. Der Organismus der russischen Kirche, von der Umfassung durch den Staat befreit, geht zweifellos einem neuen Wachstum entgegen. Aber fröhliche Hoffnung, frisches Blut muß ihm zugeführt werden, denn die russische Volksseele ist über die Massen unternährt, sonst könnten krankhafte Zustände, wie die des Bolschewismus, nicht von solcher Dauer sein. Wer aber soll neues Leben zuführen, wenn nicht die katholische Kirche? Es kann nicht zweifelhaft sein, daß aber den deutschen Katholizismus ein Hauptstrom der Lebenskräfte nach Rußland fluten muß!

nicht bald und zwar sehr bald eine durchgreifende Hilfeleistung kommt, dann ist der wirtschaftliche Untergang der Beamten besiegelt. Und wie will man mit einer solchen Beamtenhaltung den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes bewerkstelligen! Es ist für uns ein bitteres Gefühl, immer wieder in der Öffentlichkeit unsere Notlage erörtern zu müssen. In Wirtschaftskreisen hat man für unsere Klagen vielfach nicht das richtige Verständnis; man meint, sie mit der Zornstimmung abtun zu können, daß die Beamten nie zurecht kommen würden, trotzdem ihnen immer wieder bezeugungen würde. Die so reden, hätten Recht, wenn nur erst den Beamten endlich mal wirklich geholfen würde. Die Klagen über die wirtschaftliche Notlage der Beamtenenschaft würden dann schon aus der Öffentlichkeit verschwinden. Das deutsche Vaterland muß arbeitsfähige und -fähige Beamten haben, wenn es wieder gesund soll.

Handwerk und Gewerbe.

Offen, 18. Okt. Der Verband „Vereinigte Innungsausgänge von Rheinland und Westfalen“ befaßt sich in seiner heutigen Konferenz der Vorherrscher und Geschäftsführer, die aus 32 Städten der beiden Provinzen besetzt war, eingehend mit der gezielten Reform der Gewerbeordnung. Die Verhandlungen fanden in folgenden Leitlinien ihren Niederschlag:

Freiwilligkeit bzw. äußerster Schonung eines Ertrages, der dem durchschnittlichen ortsüblichen Arbeitslohn entspricht; Einführung der Steuerpflicht in vollem Umfang für gewerbliche Arbeiter, Stellen oder Geschäfte, die im Wettbewerb mit selbständigen gewerblichen Unternehmern neben ihrer normalen Arbeit als Angestellte noch Arbeiten für Rechnung Privater verrichten; Heranziehung sämtlicher durch Reichsgesetz ungeschützter freier Berufe, sowie der Land- und Forstwirtschaft und der der Viehzucht, Obst- und Gartenbau waren, wieder an seinen Schreibtisch. Er nahm ein verziertes Schreiben, mehrere Rollen und etliche Bündel Quoten aus demselben nebst einem zierlichen Schächtelchen. Das Geld legte er auf den Mahagonitisch, das Schächtelchen aber öffnete er. Er brachte einen goldenen Ring aus demselben hervor, auf dessen oberer Fläche, von feinen Diamanten umgeben, sich die Gestalt einer geringelten Schlange befand.

Die Glode auf dem Tische von St. Martin veränderte die neuere Abendstunde. Gewohnt, sich früh niederzulegen und mit Tagesanbruch aufzustehen, hatten die meisten der Teilnehmer die Ruhe gesucht. Fast aus keinem der zierlichen Häuser drang Lichtschein. Eine Ausnahme hiervon machte nur das freundliche, auf der Anhöhe neben dem Laibache gelegene Wohnhaus „Zum Sand.“ Hier standen zwei Wachstergelichter auf dem Tische und zwischen denselben ein Kreuzifix.

Andreas Hofen mit zwei weiteren Männern bestand sich in dem Räume. Er nahm das Wort. „Der erste Tag nach. Jede Stunde kann die Nachricht bringen, daß der österreichische Kaiser seine Schwingen erhebt und gegen unsere Berge heranzieht. Wir wollen ihn den verstorbenen Gott wieder aufbauen helfen und ihn dann hüten, daß kein Fremder ihn je wieder zu verunglimpfen wagt. Das wollen wir heute feierlich geloben vor dem Bilde des Gerechtigsten, der uns beistehen möge. Erhebet die Hände zum Schwur!“

Mit blühenden Augen folgten die Männer dieser Aufforderung. „Wir schwören“, tönte es durch den Raum, „Gut und Wohl für Österreich!“

Ein dreifacher Handschlag besiegelte den ersten Akt. Hofen stellte das Kreuzifix wieder auf den Kommodenkasten und blies ein Licht aus.

Dann lud er die Männer zum Mahnehmen ein, und setzte sich ebenfalls, nachdem er vor den beiden ein gefülltes Trinkschöpf in der Form eines Fährhorns gefüllt hatte.

„Es hat alles seine Richtigkeit“, Speckbacher,

dienenden Betriebe zur Gewerbesteuer; Festsetzung einer relativen Höchstgrenze desjenigen Prozentsatzes des Ertrages, der durch die staatlichen bzw. Gemeindegewerbesteuer nicht überschritten werden darf; Vereinfachung der Gemeindevoraussetzungen, die Steuerentwürfe vor ihrer Einbringung in die beschließenden Körperschaften, neben der Handwerkskammer der örtlichen Handwerksorganisation zur Begutachtung innerhalb einer angemessenen Frist vorzulegen.

Weiter nahm die Konferenz Stellung zu den bevorstehenden Handelskammervahlen. „Die Konferenz fordert, daß für die bevorstehenden Handelskammervahlen als Kandidaten keine aufgestellt werden, die sich in der berufsspezifischen Selbstbehauptung bewährt haben, sowohl in ihrer beruflichen Ausübung, als auch im Fachverband. Der Vorschlag, Herr Dr. Lübbert, wird beantragt, in diesem Sinne mit den in Frage kommenden Innungsausgängen Fühlung zu nehmen. Die Innungsausgänge sind keine Wahlkörper. Deshalb handeln sie richtig, wenn sie sich nicht vordrängen, sondern den Innungen und Innungsausgängen die Wahlen überlassen. Das gleiche muß von den Handwerkskammern erwartet werden. Weiter wird gefordert, daß auch im Kammerbezirk Münster Neuwahlen vorgenommen werden.“

Staatsreich Erbkaiser Karls.

Im Jüngling nach Westungarn.

Budapest, 22. Okt. Aus Oedenburg wird gemeldet: Kaiser Karl ist am 21. d. Mts. hier angekommen. Der Landpunkt der ungarischen Regierung gegenüber dem unerwarteten Ereignis ist, daß Kaiser Karl im Sinne des Gesetzes, Artikel 1, vom Jahre 1920, gegenwärtig die Ausübung der Herrscherrechte in Ungarn nicht übernehmen kann und das Gebiet des Landes abermals verfallen muß. Die Regierung hat die nötigen Verfügungen getroffen.

Nach dem Wegzug des Fluggeweges von Oedenburg in der Schweiz, mit dem sich Karl von Oedenburg nach Oedenburg begeben hat, erzählt die Schweizer Depesch-Agentur folgende Einzelheiten:

Bei der Abflug-Gesellschaft wurden am Mittwoch vier Bilette für einen Flug nach Genf und zurück bestellt. Die Bilette wurden bezahlt und für den Flug der Jungfernpapier B. 59 bestimmt. Am Donnerstag, kurz nach 12 Uhr mittags, erfolgte die Abfahrt. Das Flugzeug wurde aber nicht nur von vier, sondern von fünf Personen besetzt, die in zwei Automobilen angefahren waren. Die Besatzer der Flugzeuge waren nicht zu erkennen, da sie stark eingehüllt waren. Der Pilot ist ein Ausländer namens Zimmermann, der von der deutschen Fluggesellschaft des Auftrag erhalten hatte, in Oedenburg so lange zu verbleiben, bis die Abflug-Gesellschaft den Apparat übernommen habe. Seit der Abfahrt aus Oedenburg bis heute mittag fehlt der Abflug-Gesellschaft jede Nachricht über den Verbleib ihres Fluggeweges. Sie melde daher diese Angelegenheit jetzt dem eigentlichen Fluggesamt.

Wie der Wiener Mittag meldet, sind unmittelbar nach dem Eintreffen der Meldung über die Ankunft des kaiserlichen Kaisers Karl in Oedenburg der Bundeskanzler Schöner, der Minister des Innern Waber und der Reichsminister des Reiches zu einer Beratung zusammengetreten, in der die durch das Untergang des kaiserlichen Kaisers auch für Österreich sich ergebenden Möglichkeiten besprochen und eine Reihe von Vorkehrungen getroffen wurden.

Einer Budapest Meldung zufolge ist die Telefonverbindung mit Westungarn und der Eisenbahnverkehr mit Österreich unterbrochen. In Zeinamangen seien die öffentlichen Gebäude militärisch besetzt.

Auf der Reise nach Budapest.

Wien, 22. Okt. Der Erbkaiser Karl ist nach Budapest weitergereist. In Wien sind die öffentlichen Gebäude militärisch besetzt.

Die Schweiz bestätigt.

Berlin, 22. Okt. Der Vertreter der Stampa in Vertretung des Reiches hat heute nachmittag bei dem Bundesrat Motta, ob die Gerichte über die Flucht des Kaisers Karl der Wirklichkeit entsprechen. Motta erklärte dem Vertreter der Stampa, daß heute nachmittag um 2½ Uhr ein Vertreter des Kaisers beim Bundespräsidenten Schulthess vorprach, um ihm die Adresse des Kaisers und seiner Gemahlin im Fluggesamt nach Ungarn bekanntzugeben. Bundesrat Motta drückte dem Berichterstatter der Stampa seine ungeheure Enttäuschung über den Verbleib des Kaisers aus.

Mitteil des ungarischen Kabinetts.

Wien, 22. Okt. Das bisherige ungarische Kabinet ist heute zurückgetreten. An seine Stelle tritt ein Kabinet Rudasffy-Ratowski.

Für die Frage, wer dem kommenden Kabinet den Namen geben soll, dürfen nur sachliche Gesichtspunkte in Frage kommen.

Die Heimat im Herzen.

Roman um Andreas Hofen und seine Zeit.

Von M. Wenno.

9) „Das seht ihr voraus.“ bemerkte Napoleon. Sie sind deshalb auch zur Lösung einer weiteren, für mich in höchstem Grade wichtigen Aufgabe bestimmt.

Er trat an seinen Schreibtisch, öffnete ein Fach und nahm ein in Goldrahmen gefasstes Bild hervor, das eine junge Dame vorstellte. Er hielt es dem Konjul vor die Augen. „Nennen Sie diese Bräuterei?“ fragte er.

Ein Rächeln huchte über das gelbbraune Gesicht Gruffs. „Ja“, bestätigte er, „es ist...“

Der Kaiser presste ihm die Hand auf den Mund. „Still, keinen Namen!“ gebot er, „daß Sie die kleine kennen, genügt.“ Er legte das Portrait wieder an seinen vorherigen Platz. „Wissen Sie vielleicht auch sonst noch etwas — sagen wir etwas Interessantes von ihr, etwas, das mit einem hochstehenden Vertreter dieser Dame im Zusammenhang steht.“ forschte er dann weiter und richtete seine durchdringenden Blicke auf Gruff, der unter dem Einfluß derselben in augenscheinliche Verwirrung geriet.

„Ich verstehe nicht, Eure.“ stammelte er.

Napoleon lachte. „Machen Sie mir keine Sorgen vor.“ entgegnete er. „Ich bin fest überzeugt, daß ein Mann von Ihrer Art über die Sache, welche ich vorhin andeutete, vollkommen auf dem Laufenden ist. Sie waren damals in München, wo der hohe Herr dies englische Wesen zum ersten Male sah. Sie haben mit ihr als Beamten aus früheren Zeiten verkehrt. Sie wurden sogar von ihr in gewissen Familienangelegenheiten um Unterstützung angegangen, und wie ich bestimmt weiß, hält die Dame etwas auf Sie. Gerade diese Überzeugung hat mich Sie zu engagieren bestimmt.“

Das Rächeln Gruffs bekundete, daß das

Kaisers Anschauung nicht unrichtig war. Ehe er jedoch zu einer entsprechenden Erwiderung das rechte Wort fand, begann Napoleon wieder:

„Also mein Interesse für diese Dame ist Ihnen bekannt. Hören Sie nun weiter: Ich bewege Sie an mein Hoflager für immer gefesselt zu haben durch Guldigungen und Würdungen, wie sich deren von meiner Seite noch selten eine Dame erfreut hat. Ich bemerke auch, wie ihr Ehrgeiz sich geschmeichelt fühlte und wie ich meinem Ziele von Tag zu Tag näher kam, da rief der Umstand mich nach Spanien ab, und als ich zurückkehrte, war die Dame verschwunden unter Umständen, die man geradezu eine Fiktion nennen muß. Ich kenne halbwegs den Grund. Josephine hat scharfe Augen. Sie ahnte meine Absichten, und das genügte ihr, gelegentlich ein Wort fallen zu lassen, das der Dame ihren Argwohn verriet. Diese ist aber nicht nur ehrgeizig; sie ist auch ein stolzes und dabei ein leidenschaftliches, in ihren plötzlichen Entschlüssen oft geradezu unberechenbares Weib, deren Gefühle durch jene Anzüglichkeit tief verletzt worden sind.“

Sie reiste Anall und Gall ab, und alle meine früher angelegten Nachforschungen blieben ohne Erfolg. In Wien ist sie nicht. In München eben so wenig. Ich vermutete deshalb, daß sie sich irgendwo in Sizilien versteckt hält, da sie sonst ihren Heimat ist, und für das sie bei jeder Gelegenheit schwärmerische Begeisterung an den Tag gelegt hat. Begreiflicherweise kann ich nicht offen vorgehen, und doch will ich mich umsonst gekümmert haben. Das Wort „Nachgeben“ steht in meinem Vexikon nicht. Probieren wir es vorerst mit Wogen, auf denen man in solchen Angelegenheiten gewöhnlich die glänzendsten Erfolge erzielt. Sie kennen Sizilien wie Ihre Tasche. Sie sind mit den vornehmen und gewöhnlichen Leuten in dem Lande vertraut. Sie werden die Dame aufführen und dann sicherlich ein Mittel finden, durch dessen Hilfe Anwendung mein Wunsch erfüllt wird.“

Napoleon trat, ohne auf eine Antwort zu

wandte er sich dann an seinen Nachbarn, dessen Bartlose Gesicht von Energie und Entschlossenheit zeugte. „Anton Steger, der Widwenpächter des Schlosses Franz, hat mir durch einen Teppichhändler, seinen Vetter, vorerst mündlich Botschaft getan. Stündlich kann der Brief Hermauer's eintreffen, der uns zu Herzog Johann beruft!“

„Es ist die höchste Zeit.“ nahm der Dritte, eine ebenso stolze und kräftige Gestalt, wie die beiden anderen Tiroler, mit gedämpfter Stimme das Wort. „Die Franzosen werden von Tag zu Tag übermächtiger und ich fürchte, daß wir überhaupt nichts mehr ausrichten, wenn nicht bald voran gemacht wird. Ich bin lieber heute als morgen dabei, und so wahr ich Anton Wallner heiße, die Eindringlinge sollen, wenn es einmal losgeht, allen Joru zu fassen bekommen, der seit langem schon in mir tobt. Ich werde...“

Ein Geräusch vor der Tür bewirkte, daß er mitten im Satz abbrach. Er wurde geöffnet und der Fürstlicher Schreiber trat ein. Der Beamte sah etwas bleich aus und eine unverständliche Spannung spiegelte sich in seinem Mißgeschick ab. Er grüßte kurz, hängte sein Gewehr an einen Nagel, verlangte ein Glas Wein und setzte sich zu den Gästen an den Tisch. Diese waren viel zu offene und gerade Naturen, um den unangenehmen Eindruck verbergen zu können, welcher durch die Ankunft des Fürstlichen auf sie gemacht worden war.

Dies einzig Schreiber nicht. Er nahm jedoch keine Notiz davon. Fortschend schaute er im Zimmer umher und trank, ohne eine Unterhaltung anzuknüpfen, den Wein. Da auch die beiden Gäste schwiegen und der Landwirt das begonnene gleichgültige Gespräch bald wieder abbrach, lernte Schreiber nach kurzem Verweilen sein Weinglas und ging wieder fort.

Die drei schauten sich verständnisvoll an. Spedbacher stand, als die äußere Tür ins Schloß gefallen war, auf.

(Fortsetzung folgt.)

